

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Freundinnen und Freunde

betreffend Offensive von Bundeskanzler und Umweltminister gegen
Atomausbaupläne an Österreichs Grenze

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Umweltausschusses über den Antrag 720/A(E) der Abgeordneten Karlheinz Kopf, Klaus Wittauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend die weitere Vorgangsweise Österreichs zum Entsorgungsnachweis hinsichtlich der Endlagerung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle in der Schweiz (1175 d.B.)

Europa steht vor einer Renaissance der Atomkraft. In zahlreichen Staaten der EU-25 wird der Neu- und Fertigbau von AKW überlegt bzw. die Laufzeitverlängerungen bestehenden AKW geplant. In Finnland wurde vor wenigen Wochen mit dem Bau eines neuen AKW begonnen und in Österreichs Nachbarländern gibt es zahlreiche Pläne für den Neubau, die Fertigstellung oder die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Es handelt sich um Projekte in Ungarn (AKW Paks), Slowakei (AKW Mochovce), Slowenien (AKW Krsko), Tschechien (AKW Temelin) sowie Bulgarien und Rumänien.

Die Bundesregierung übt sich in Beschwichtigungen, anstatt durch eine offensive Anti-Atom-Politik rechtzeitig zu reagieren. Bundeskanzler und Umweltminister müssen frühzeitig und das heißt ab sofort Initiativen setzen und Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien Unterstützung für Alternativen zur Atomkraft anbieten. Auf die Ausbauoffensive in den Neunziger Jahren (Temelin, Mochovce) wurde viel zu spät reagiert. Dieser Fehler droht nun ein zweites Mal. Bezeichnend für das mangelnde anti-atom-politische Engagement von Bundesregierung und Umweltminister ist auch, dass im aktuellen Weißbuch der Bundesregierung zur österreichischen EU-Präsidentschaft 2006 die Anti-Atompolitik schlicht nicht vorkommt.

Folgenden konkreten Atom-Projekte drohen in den kommenden Jahren:

- **Finnland:** Erstmals seit mehr als einem Jahrzehnt wird in Westeuropa wieder ein Atomkraftwerk gebaut. In der Atomanlage Olkiluoto im Osten Finnlands wurde im September 2005 der Grundstein für den weltweit ersten Reaktor des neuen Druckwassertyps EPR gelegt. Der mit deutscher Beteiligung errichtete Meiler Olkiluoto 3 soll drei Milliarden Euro kosten und im Jahr 2009 ans Netz gehen. Der französische Atomkonzern Areva, der den Europäischen Druckwasserreaktor in einem Konsortium mit Siemens errichtet, hofft auf Folgeaufträge aus den USA, China, Finnland und Frankreich. Ein zweiter EPR soll ab 2007 im französischen Flamanville in der Normandie entstehen. Der EPR gilt als Modell für die Erneuerung des großen französischen AKW-Parks aus 58 Reaktoren.
- **Ungarn:** Die Laufzeit des ungarischen AKW Paks (180 km östlich der österreichischen Grenze) soll um 20 Jahre verlängert werden und bis 2037 in Betrieb bleiben. Die vier bestehenden Blöcke wurden 1983-1987 in Betrieb genommen. Derzeit läuft für die Laufzeitverlängerung eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Das AKW Paks hat grobe Sicherheitsmängel. Paks ist ein sowjetischer Druckwasserreaktor mit einer Reihe von Konstruktionsmängeln. Es fehlt ein Volldruck-Containment, das bei einem Unfall den Austritt von Radioaktivität verhindern soll. Im April 2003 kam es in Paks zu einem schweren Störfall. Während eines Reinigungsvorganges kam es zur Beschädigung von 30 Brennelementen, radioaktives Gas wurde freigesetzt. Es war dies der schwerste Atom-Unfall in Osteuropa seit Tschernobyl. Die Ursachen für den Störfall sind bis heute ungeklärt.
- **Tschechien:** Die schweren Sicherheitsmängel in Temelin (100 km nördlich von Linz) sind bis heute nicht behoben, trotzdem wird am Standort Temelin der Bau zwei weiterer AKW überlegt. Konkretere Angaben zu neuen Atomplänen soll es bis Ende 2005 geben. Neue atomare Kapazitäten sieht auch die Konzeption der tschechischen Energiepolitik bis 2030 vor, welche die Prager Regierung im vergangenen Jahr gebilligt hatte. Das AKW Temelin ist das wohl deutlichste Symbols des Versagens der Anti-Atompolitik der Bundesregierung. Keines der zahlreichen Versprechen, die der Bundeskanzler im Jahr 2001 ganzseitig in österreichischen Tageszeitungen inserieren ließ wurde eingehalten. Die im so genannten Melker-Prozess in Form eines Staatsvertrages zwischen Österreich und Tschechien vereinbarte Behebung der Sicherheitsmängel ist bis heute nicht erfolgt. Trotzdem hat Temelin im Herbst 2004 bereits den kommerziellen Betrieb aufgenommen – auch das ein Bruch des Melker Abkommens. Schließlich gelang es BK Schüssel – entgegen seinen Ankündigungen – nicht, das Melker Abkommen in den EU-Beitrittsvertrag Tschechiens zu verankern, die Einhaltung des Abkommens ist daher nicht vor dem EuGH einklagbar. Obwohl BM Pröll seit Jänner 2004 per Nationalratsbeschluss zu Stilllegungsverhandlungen mit Tschechien beauftragt ist, hat er bis heute keine Verhandlungsinitiative gesetzt.
- **Slowenien:** In Slowenien haben die Betreiber des AKW Krsko (70 km südlich der österreichischen Grenze) angesichts des steigenden Stromverbrauchs vor kurzem dem Bau eines zweiten AKW das Wort geredet. Der slowenische Stromverbrauch werde ab 2014 nicht mehr durch alternative Energiequellen

zu decken sein, weswegen die Laufzeit von Krsko verlängert und mit den Planungen für ein weiteres AKW begonnen werden müsse. Krsko wurde Anfang der 1980er Jahre in Betrieb genommen und gilt als erdbebengefährdet. Bei einem Gespräch von Eva Glawischnig mit dem slowenischen Botschafter Ende September in Wien wurde versichert, es sei bisher keine Entscheidung gefallen. Durch den steigenden Stromverbrauch werde Slowenien aber ab 2014 „ein Problem“ haben. Es müsste über den Bau neuer Kraftwerke nachgedacht werden. Dies könnte Wasserkraft, Gaskraftwerke oder Atomkraftwerke sein. Eine österreichische Unterstützung bei der Suche nach Alternativen sei wünschenswert.

- **Slowakei:** Am Standort Mochovce sind seit 1999 zwei AKW-Blöcke in Betrieb, 150 km östlich von Wien. Die AKW vom Typ „WWER-440/213“ haben keine Schutzhülle und gelten als extrem unsicher. Die ursprünglich geplanten und zum Teil bereits errichteten Blöcke 3 und 4 wurden aus Geldmangel nicht fertiggestellt. Mit der Übernahme des slowakischen Energiekonzerns SE durch die italienische ENEL sollen sie nun fertiggebaut werden. Eine Machbarkeitsstudie soll bis Ende 2006 vorliegen, mit dem Fertigbau soll ab 2008 begonnen werden. Die ursprüngliche Baubewilligung stammt aus den Achtziger Jahren. Die Slowakei steht daher auf dem Standpunkt, dass es für den Fertigbau keines UVP-Verfahrens bedürfe.
- **Bulgarien, Rumänien:** Drei neue AKW In Bulgarien sollen am Standort Belene zwei neue Reaktoren (Typ WWR 1000; selber Typ wie Temelin) errichtet werden. In Rumänien ist am Standort Cernavoda ein drittes AKW in Planung.
- **Deutschland:** Das unsichere bayrische AKW Isar 1 stellt eine unmittelbare Bedrohung für Österreich dar. Es gegen Flugzeugabstürze nicht gesichert und liegt in der Nähe zum Flughafen München. Derzeit ist eine dritte Landebahn beim Flughafen München in Planung, die das Risiko weiter erhöhen würde. Die Bundesregierung sollte deshalb um eine grenzüberschreitende UVP einfordern. Isar 1 weist die typischen Mängel eines Siedewasserreaktors auf. Dazu kommen mangelnde Sicherung gegen Flugzeugabstürze, ein sehr kleiner Sicherheitsbehälter und Materialermüdung. Von Anfang an galt Isar 1 als "atomare Dreckschleuder". Im ersten Jahr gab es 20 Abschaltungen, und auch bei späteren Störfällen wurde radioaktiver Dampf freigesetzt. Obwohl BM Pröll bereits im Jänner 2004 per Nationalratsbeschluss dazu aufgefordert wurde, sich für die Schließung jener AKW einzusetzen, für die keine ausreichende Sicherheit gegenüber Terroranschlägen mit Flugzeugen gegeben ist, hat er dies bis heute verabsäumt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft werden dringend aufgefordert,

- eine außenpolitische Anti-Atom-Offensive zu starten und rasch Gipfeltreffen mit den zuständigen Regierungsmitgliedern Ungarns, Sloweniens, Tschechiens, der Slowakei und Deutschlands abzuhalten, um die Verwirklichung der drohenden Atomprojekte zu verhindern und den europäischen Atomausstieg voranzutreiben;
- betreffend das ungarische AKW Paks gegenüber der ungarischen Regierung ein klares Nein zur geplanten Laufzeitverlängerungen zu deponieren sowie die volle Berücksichtigung der österreichischen Sicherheitsbedenken im laufenden UVP-Verfahren vehement einzufordern;
- betreffend das slowenische AKW Krsko rasch mit dem slowenischen Energieminister zusammenzutreffen und seitens Österreich volle Unterstützung bei der Entwicklung von Energiealternativen zur Atomkraft anzubieten;
- betreffend das tschechische AKW Temelin umgehend und unter Einbindung der EU-Kommission von der tschechischen Regierung die Behebung aller offenen Sicherheitsmängel zu verlangen und endlich in Stillelegungsverhandlungen mit der tschechischen Regierung einzutreten;
- betreffend das slowakische AKW Mochovce gegenüber der slowakischen Regierung klar gegen den Fertigbau der Blöcke 3 und 4 aufzutreten und zu deponieren, dass für den Fertigbau jedenfalls eine UVP notwendig ist;
- betreffend das deutsche AKW Isar 1 und die geplante dritte Landepiste am Flughafen München bei der deutschen Regierung ein grenzüberschreitendes UVP-Verfahren einzufordern und sich vehement für die Schließung des völlig unzureichend gegen Flugzeugabstürze gesicherten AKW einzusetzen;
- während der österreichischen EU-Präsidentschaft für eine Reform des Euratom-Vertrages und das Beenden der öffentlichen EU-Förderung der Atomindustrie voranzutreiben.

